

Bankenprozesse in Zürich: Wissenschaftler*innen kritisieren die Aussagen der Staatsanwaltschaft und den Ausschluss von Expert*innen

In Zürich ist am 14. Mai 2021 das erstinstanzliche Urteil gegen die Klimaaktivist*innen gefallen, die im Sommer 2019 vor der Credit Suisse protestiert hatten. Die von der Verteidigung zur Anhörung eingereichten Klima- und Finanzexpert*innen wurden vom leitenden Staatsanwalt Herrn Daniel Kloiber und schliesslich vom Gerichtspräsident Marius Weder (SP) allesamt abgelehnt. Der vor Gericht dargelegte Wissenstand des leitenden Staatsanwaltes Herrn Daniel Kloiber hinsichtlich des Klimawandels lässt grosse Fragen offen. In verschiedenen Abschnitten des Plädoyers zweifelte er die Dringlichkeit und die schwerwiegenden Folgen der Klimakrise an. Diese Kritik an den sachlichen Unwahrheiten sowie die Richtigstellung wurde in einem offenen Brief festgehalten, welcher von rund ein Dutzend Schweizer Wissenschaftler*innen unterschrieben wurde. Der Brief erhält ebenfalls Zuspruch durch Zürcher Politiker*innen.

Während der leitende Staatsanwalt die Klimaaktivist*innen vor Gericht als «Mob, der mit falscher Betroffenheit irgendein übles Laienspieltheater inszeniert»¹ beschrieb, haben verschiedene renommierte Wissenschaftler*innen aus der Schweiz in einem offenen Brief Stellung dazu bezogen, dass die Aussagen von Staatsanwalt Kloiber mit gravierenden Ungenauigkeiten und sachlichen Unwahrheiten behaftet sind (siehe den angehängten offenen Brief).

Die Gemeinderätin Julia Hofstetter (Grüne Stadt Zürich) hat die Prozesse interessiert verfolgt und hält fest: «Ein Staatsanwalt, der sich seine eigene Klimaglaubenslehre zusammenbastelt und auf dieser Basis durchsetzt, was rechtens sein soll! Das ist schockierend. Die Staatsanwaltschaft ist doch keine Religionsgemeinschaft. Ihre Arbeit muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren.»

Widersprüche der Staatsanwaltschaft

Rückblickend stellen sich hinsichtlich des Plädoyers der Staatsanwaltschaft einige Fragen:

- Wie kann es sein, dass die Staatsanwaltschaft sich in der Lage sieht, eine Verhältnismässigkeit ohne fundiertest Wissen zur Sachlage zu beurteilen?
- Wie kann es sein, dass die Staatsanwaltschaft keine Stellung zum wissenschaftlichen Bericht 'Banking on Climate Change Report 2021' nehmen kann, weil dieser auf Englisch ist, aber dann zwei Zahlen (welche auf Deutsch und English glücklicherweise identisch sind) herauspicks und sich anmass, daraus die Investitionsstrategie der Credit Suisse verstanden zu haben?
- Wie kann es sein, dass sich die Staatsanwaltschaft auf ein staatliches Gewaltmonopol beruft aber zulässt, dass der leitende Staatsanwalt seine ihm übertragene Macht und Privilegien nutzt um mit subjektivem Empfinden und einem Wikipedia-Artikel (zum Thema Waldsterben) die aktuellsten Erkenntnisse der Klimaforschung zu werten?

Frida Kohlmann, Mediensprecherin des Collective Climate Justice kommentiert: «Begründete Urteile brauchen die Aussagen von wissenschaftlichen Experten, keine Staatsanwälte, die die Dringlichkeit des Klimawandels und die Schwere seiner Auswirkungen leugnen! Wir appellieren deshalb an das Obergericht bei der nächsten Verhandlung sich der schwerwiegenden und komplexen Herausforderung der Klimakrise nicht zu entziehen und die Fachexpert*innen anzuhören.»

Die 9 Klimaaktivist*innen und ihre Verteidigung hat bereits Berufung gegen das Urteil angemeldet.

[1] Bezirksgericht ZH, 12.05.2021, Volkshaus ZH: Wortgetreue Mitschrift des Plädoyers des Staatsanwaltes Daniel Kloiber

Kontakt und weitere Informationen:

Frida Kohlmann, Mediensprecherin (D, E): +41 77 909 76 83

E-Mail: medien@climatejustice.ch

Olivier de Marcellus, Mediensprecher BreakFree (F): +41 79 342 70 25

E-Mail: medien@climatejustice.ch

Bildmaterial der Aktion vom 8.7.2019 (zur freien Verwendung):

<https://www.flickr.com/photos/182591369@N08/albums>

Bildmaterial der Solidaritätskundgebungen vor dem Volkshaus (zur freien Verwendung):

<https://www.flickr.com/photos/182591369@N08/albums/72157719155071743>

Homepage: www.climatejustice.ch

Twitter: @climate_games

Über uns

Hinter der Aktion «Fossil Banks – Too Big to Stay» vom Juli 2019 steht das Collective Climate Justice sowie Einzelpersonen und weitere Aktivist*innen aus verschiedenen Gruppen, wie beispielsweise das Collectif BreakFree. Als Bewegung stehen wir alle solidarisch für Klimagerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft für alle.